

„Warten auf Antwort“:

Öffentliche Wahrnehmung und individuelle Verarbeitung am Beispiel der
Speziallagerhäftlinge in der Bundesrepublik Deutschland

Eva Ochs

1978 veröffentlicht Marianne Bechler ihre Lebenserinnerungen unter dem Titel „Warten auf Antwort. Ein deutsches Schicksal“. Dieses Schicksal bewegte und bewegt Leserinnen und Leser bis zum heutigen Tag, ihre Erinnerungen erleben eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte: 2001 ist das Buch in der 22. Auflage erschienen und wird auch zurzeit noch in Internet-Leserforen weiterempfohlen.

Marianne Bechler, 1913 geboren, war die Ehefrau des deutschen Majors Georg Bechler. Bei der Schlacht um Stalingrad gefangen genommen, schloss er sich 1943 dem Nationalkomitee Freies Deutschland an.¹ Seine Frau hatte seitdem keinen Kontakt mehr zu ihm und war nach Bekanntwerden seines Überwechselns in ihrem Heimatort bei Dresden verschiedenen Repressionen ausgesetzt. Sie gibt an, sein Handeln nicht gebilligt zu haben, obwohl sie keine Nationalsozialistin gewesen sei. Nach Kriegsende wird der Mutter zweier vier- und fünfjährigen Kinder vorgeworfen, einen Kontaktmann ihres Mannes der Gestapo ausgeliefert zu haben. Sie wird vom russischen Geheimdienst (NKWD) inhaftiert und durchläuft die sowjetischen Speziallager Bautzen, Jamlitz, Mühlberg und Buchenwald. Nach Schließung der Lager wird sie bei den berüchtigten Waldheim-Prozessen (Otto 1998, 533-553) zunächst zum Tode verurteilt, die Strafe wird dann in lebenslänglich umgewandelt. Sechs Jahre bleibt sie in DDR-Gefängnissen inhaftiert, 1956 wird sie zusammen mit zahlreichen anderen Häftlingen entlassen. Ihr Mann hatte während ihrer gesamten Haftzeit keinen Kontakt zu ihr aufgenommen oder sich für ihre Entlassung oder Begnadigung eingesetzt; die Kinder waren ihm zugesprochen worden. Auch unterband er deren Kontakt zur Mutter. Georg Bechler hatte nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion in der DDR Karriere gemacht und war General der Nationalen Volksarmee geworden. Ein Jahr nach der Inhaftierung hatte er sich von seiner Frau in Abwesenheit scheiden lassen. Bis zum Fall der Mauer sah Marianne Bechler ihre Kinder, die einen zentralen Raum in ihren Erinnerungen einnehmen, nicht wieder. Das Buch „Warten auf Antwort“ endet im ersten Jahr nach ihrer Entlassung 1956 mit ihrer Ankunft bei ihrer Mutter in Kiel.

Der große Erfolg der Autobiographie über all die Jahre hinweg ist eigentlich überraschend. Es wird das Schicksal einer Frau beschrieben, die der Denunziation in der NS-Zeit beschuldigt wird (und diese Schuld auch nicht ganz von sich weist) und des-

¹ Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) war ein Zusammenschluss von kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren sowie kommunistischen deutschen Emigranten in der Sowjetunion und weiteren Ländern zum Kampf gegen den Nationalsozialismus.

wegen fast zwölf Jahre in den sowjetischen Speziallagern und in DDR-Gefängnissen einsaß. Überraschend ist auch der Zeitpunkt und der Ort des Erscheinens: 1978 im Kindler-Verlag. Auch einige andere ehemalige Lagerhäftlinge hatten nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik ihre Erinnerungen publiziert. Der Höhepunkt der Publikationen über diese Schicksale des ‚kommunistischen Unrechts‘ lag deutlich in den 1950er Jahren und war in den siebziger Jahren schon lange überschritten; es waren ansonsten fast ausschließlich rechtsradikale Verlage, die diese Berichte in ihr Programm aufnahmen (Greiner 2006, 127 f.).

Die Autorin selbst erlebt sich offenbar als Außenseiterin in der Medienwelt. Als bei einer Lesung im Jahr 1979 ein ehemaliger Häftling an sie herantritt, der mit ihrer Hilfe ebenfalls seine Lebenserinnerungen veröffentlichen will, antwortet sie ihm:

... wenn ich die Herbsterscheinungen bei Kindler betrachte, kann ich mich nur wundern, daß der Verlag mein Buch gedruckt hat. Jetzt geht es hauptsächlich um Judenvernichtung. Neulich wollte man mir im Verlag in München das Buch aufdrängen: „Mörder in Uniform“. Ich habe es als pauschale Verunglimpfung der Wehrmacht zurückgewiesen. Leider sind fast alle Verlage linkslastig. Sie ahnen nicht, wie schwierig es ist, mit diesen Menschen auszukommen, daß man politisch ungeschoren davonkommt. Es geht nur auf rein menschlicher Basis. So bin ich noch im Zweifel, ob ich der Aufforderung des Kölner Rundfunks nachkommen soll, mit Carola Stern ein einstündiges Gespräch zu führen. Eben habe ich mir so eine Sendung mal angehört, es war anarchistisch-sozialistisch. Da gehöre ich doch einfach nicht hin!²

Marianne Bechlers hier beschriebene Empfindungen legen die Einordnungen nahe, die Alexander von Plato in seiner These über die Existenz einer Opferkonkurrenz (Plato 2006, 101) zwischen den Speziallagerhäftlingen und den NS-Verfolgten in der Bundesrepublik beschrieben hat: Die Wahrnehmung, dass das eigene Schicksal seit Ende der 1960er Jahre als zweitrangig gegenüber den Opfern der Judenverfolgung dargestellt werde; der Eindruck, dass man mit seinen Überzeugungen innerhalb der neuen politischen Kultur der BRD als „Kalte Krieger“ oder „Ewig-Gestrige“ an den rechten Rand gedrückt werde (Plato 2006, 106 f. u. 112).

Ich möchte diesen Fragen anhand von Interviews nachgehen, die ich mit ehemaligen Speziallagerhäftlingen in den 1990er Jahren durchgeführt habe. Zusätzlich werde ich auch schriftliche Erinnerungen auswerten, die die Befragten verfasst, aber zumeist nicht publiziert hatten. Meine Frage wird sich zum einen darauf richten, wie sich die ehemaligen Häftlinge mit ihrer Selbstwahrnehmung in der bundesrepublikanischen Gesellschaft seit den 1950er Jahren aufgehoben gefühlt haben und ob, wann und wie ein Wandel für sie in den vier Jahrzehnten bis zur Wende feststellbar war. Gab es eine Zeit, in der sie sich in ihrem Selbstverständnis anerkannt gefühlt haben? Welche gesellschaftspolitischen Veränderungen wurden von ihnen dafür als bedeutend bzw. als Zäsur empfunden? Parallel dazu möchte ich die öffentliche Wahrnehmung der Speziallagerhäftlinge in den Medien thematisieren, die von Wolfram von Scheliha gründlich untersucht worden ist (Scheliha 2006). Zahlenmäßig am stärksten sind in meinem

² Auszug aus dem Brief von Marianne Bechler an Herrn Sauerzweig vom 16.12.1979, Kopie im Archiv „Deutsches Gedächtnis“, Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

Interviewsample diejenigen vertreten, die als ehemalige HJ-Führer unter Werwolfverdacht interniert und/oder im jugendlichen Alter als Gegner der Besatzungsmacht verurteilt wurden und in den Speziallagern einsaßen; nach ihrer Entlassung sind sie zu einer leider nicht näher bestimmbar Anzahl früher oder später in den Westen übersiedelt (Ochs 2006, 8 f.).

Die ehemaligen Insassen der sowjetischen Speziallager, die im Laufe der 1950er Jahre in die BRD übersiedelten, hatten einige Jahre Lagerhaft und häufig auch noch eine Haftzeit in DDR-Gefängnissen hinter sich. Einige gehörten auch zu der Gruppe, die aus den Lagern in die Sowjetunion deportiert worden waren und erst von dort zurückkehrten.

Die katastrophalen Lebensbedingungen in den Speziallagern, die u.a. in Buchenwald, Sachsenhausen oder Bautzen vom sowjetischen NKWD errichtet worden waren, die grassierenden Krankheiten und die zeitweise extrem niedrigen Verpflegungsraten bedingten eine hohe Sterberate. Etwa ein Drittel der ca. 120.000 deutschen Insassen überlebte die Lagerzeit nicht (Plato 1998, 54)

Die befragten ehemaligen Häftlinge waren Zeugen dieses Sterbens und zum Teil damals selbst überzeugt, die Lagerzeit nicht zu überstehen. Umerziehungsmaßnahmen im Sinne einer „Reeducation“ fanden in den Lagern nicht statt; Auseinandersetzungen über das untergegangene NS-Regime wurden, wenn überhaupt, dann von den Jüngern angestoßen, die von den Älteren Orientierung über das Geschehene erhofften. Verbitterung über die Isolation von der Außenwelt, die Kontaktsperre zu den Angehörigen und die Ungewissheit, wie lange die Lagerhaft noch dauern würde, waren neben dem Gefühl von Hoffnungslosigkeit die vorherrschenden Empfindungen. Angesichts dieser Situation waren offenbar die wenigsten dazu bereit, sich mit den Fragen von Mitschuld oder Mitverantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes auseinanderzusetzen (Ochs 2006, 127 ff.).

Die in den Lagern einsitzenden Häftlinge waren nicht ausschließlich aufgrund ihrer tatsächlichen oder angeblichen Verstrickung in das nationalsozialistische Regime interniert oder gar verurteilt. In zunehmender Zahl befanden sich auch solche dort, die als irgendwie geartete Gegner der Besatzungsmacht wegen Spionage oder antisowjetischer Äußerungen von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren. In den lebensgeschichtlichen Erzählungen der Befragten wird diesen Unterschieden allerdings zumeist keine Bedeutung zugemessen. Es wird eine Solidarisierung deutlich, die zum großen Teil schon in den Lagern stattgefunden hat. Sie bewirkte, dass alle Befragten sich selbst und ihre Mithäftlinge als unschuldige Opfer einer kommunistischen Willkürherrschaft definierten, die von dem sowjetischen NKWD ausgeübt und vom politischen System der DDR mitgetragen wurde (Ochs 2006, 230).

Nach der Entlassung aus den Lagern bzw. den DDR-Gefängnissen hatten die meisten ehemaligen Häftlinge offenbar nicht das Gefühl, dass ihre Haftzeit jetzt wirklich vorbei sei (Eberhardt 1998). Dazu trug auch nicht unwesentlich die Schweigepflichtung bei, die sie nach Verlassen der Lager hatten abgeben müssen mit dem Hinweis, bei einem Verstoß erneut verhaftet zu werden. Viele fühlten sich unter weiterer Beobachtung der DDR-Behörden, und es gibt Belege dafür, dass zumindest in den ersten Monaten auch Überwachungen stattgefunden hatten (Schölzl 1998, 84). Die Erfahrungen, die viele nach ihrer Entlassung aus den sowjetischen Lagern mit den ostdeutschen Gerichten oder Gefängnissen gemacht hatten, werden im Nachhinein zum Teil als noch schlimmer bewertet als diejenigen mit dem sowjetischen Wachper-

sonal. All dies zusammen ließ in vielen den Wunsch entstehen, sich in den Westen Deutschlands zu begeben, wobei aber auch die familiäre Situation eine große Bedeutung hatte (Ochs 2006, 307 f.).

Im Westen angekommen, waren die Aufnahmeformalitäten in den Flüchtlingslagern und die Anerkennungsverfahren als politische Flüchtlinge für einige erneut eine belastende Erfahrung. Sie fühlten sich überfordert beim Gang von Ämtern zu Ämtern und dem Ausfüllen einer Flut von Formularen nach einer mehrjährigen Haftzeit und einer Erfahrungsfolie, die sich auf das Jahr 1945 und danach allenfalls auf die Verhältnisse in der DDR bezog. Viele berichten auch von Misstrauen und Unglaube, die ihnen von Amtspersonen entgegengeschlagen seien. Dieses Misstrauen habe sich auf die Schilderungen der Lebensumstände und der Dauer der Lagerhaft, bis zu fünf Jahre, gegründet: „Wer so lange in einem KZ gesessen hat, wird schon etwas auf dem Kerbholz haben“, schildert Hans Drobek, der 1946 als ehemaliger HJ-Führer für drei Jahre interniert worden war, solche Reaktionen.³ Misstrauen und Unglaube betrafen aber insbesondere auch diejenigen, die vor ihrer Lagerhaft von einem sowjetischen Militärgericht oder nach ihrer Lagerzeit bei den berüchtigten Waldheimprozessen zum Teil zu 25 Jahren Haft verurteilt worden waren und diese in DDR-Gefängnissen abgesessen haben: „Wenn ich da drin gesessen habe, werde ich schon etwas verbrochen haben“, beschreibt Joachim Gringmuth, wegen Westspionage verurteilt, solche Reaktionen.⁴

Misstrauen, Unglaube, bestenfalls Desinteresse („Das wollte doch keiner mehr hören“) sind die Reaktionen, die die Übergesiedelten aber auch für ihr sonstiges soziales Umfeld beschreiben. Auch Neid von Nachbarn auf bevorzugte Zuteilung von Wohnraum und auf die Haftentschädigungszahlungen haben viele erlebt. Einige schildern durchaus auch positive Erfahrungen, die sie zum Beispiel am Arbeitsplatz gemacht hatten; aber offenbar haben sich die negativen viel stärker in das Gedächtnis eingegraben.

Aus heutiger Sicht werden nur von einigen wenigen explizit die 1950er Jahre als Zeitraum geschildert, in dem sie sich mit ihren Erfahrungen in der Bundesrepublik insgesamt aufgehoben und anerkannt gefühlt hätten. Auf Nachfrage berichtet nur einer von ihnen, dass es in den 1950er Jahren in den Gazetten vereinzelte Meldungen über die Speziallagerhäftlinge gegeben hätte.

Zumindest die Präsenz in den Printmedien vermittelt dabei eigentlich einen anderen Eindruck. Seit der ersten Entlassungsaktion im Sommer 1948 hatte sich die westdeutsche Presse massiv der Lagerhäftlinge angenommen und damit auch Reaktionen in den ostdeutschen Medien hervorgerufen (Ritscher 1993, 157 ff.). Zeugenaussagen ehemaliger Internierter wurden publiziert. Auch die Schließung der letzten Lager im Februar 1950 erzeugte ein ähnlich lebhaftes Presseecho. In späteren Jahren fanden Entlassungen ehemaliger Insassen der Speziallager, die mittlerweile dem DDR-Strafvollzug übergeben oder noch bei den Waldheimer Prozessen verurteilt worden waren, durchaus Beachtung in den Medien. Die verschiedenen Entlassungsschübe 1952, 1954 und 1956 wurden publizistisch aufmerksam begleitet und stets mit Hin-

3 Interview mit Hans Drobek vom 29.01.1991; Archiv „Deutsches Gedächtnis“, Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

4 Interview mit Joachim Gringmuth vom 19.03.1991; Archiv „Deutsches Gedächtnis“, Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

weisen auf die Schicksale derjenigen versehen, die noch immer in den DDR-Haftanstalten einsaßen (Werkentin 1998, 41 f.)⁵ In den Berichten wurde zwischen den unterschiedlichen Häftlingsgruppen zumeist nicht differenziert. Wenn über ihr Eintreffen in der Bundesrepublik berichtet wurde, bezeichnete man sie zumeist pauschal als „Heimkehrer“. In seiner sorgfältigen Studie hat Wolfram von Scheliha die quantitative Dimension der Presseberichterstattung über die sowjetischen Speziallager untersucht. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass diese zu einem der wichtigsten Themen der öffentlichen Debatte zwischen West- und Ostdeutschland in den ersten Jahren des Kalten Krieges geworden seien (Scheliha 2006, 10 f.). Dabei seien zwei Faktoren zusammen getroffen: Zum einen war es durch die ersten Entlassungen im August 1948 möglich, konkretere Informationen über die Lager durch die ersten Berichte der Zeitzeugen zu gewinnen, die insbesondere durch die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) und das Ostbüro der SPD gesammelt wurden. Dass diesen Berichten eine solche Aufmerksamkeit zuteil wurde, hing auch mit dem Zeitraum zusammen, nämlich zwei Monate nach der Verhängung der sowjetischen Blockade über die Westberliner Sektoren. In dieser politisch aufgeheizten Lage fiel den Berichten über die Speziallager – so die Einschätzung Schelihas – eine Schlüsselfunktion zu. Die „sowjetischen KZs“, wie sie nun in der Presse genannt wurden, entwickelten sich zu einem Symbol des kommunistischen Unrechts im sich zuspitzenden Ost-West-Konflikt. Das Symbol der sowjetischen Konzentrationslager hatte nach Scheliha dabei ein entlastendes Moment, da es die ehemaligen Insassen pauschal und unabhängig von ihrer NS-Vergangenheit zu „unschuldigen Opfern“ machte und die Erinnerung an die NS-Konzentrationslager in den Hintergrund treten ließ (Scheliha 2006, 22).

Ich möchte zur Verdeutlichung auf eines von vielen Beispielen für die umfangreiche Presseberichterstattung über eine Entlassungsaktion eingehen, die im Juli 1954 stattgefunden hatte und die die Waldheim-Verurteilten betraf. Erinnern wir uns: Im Gefängnis von Waldheim hatten im Jahr 1950 Schauprozesse wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bzw. Kriegsverbrechen gegen über 3.000 Personen stattgefunden, die zuvor in den sowjetischen Sonderlagern eingesessen hatten. Diese Prozesse waren öffentlichkeitswirksam inszeniert und sollten den rigorosen Umgang des Staates mit solchen Vergehen deutlich machen. Beileibe nicht alle der dort Verurteilten waren unschuldig; diese Prozesse entsprachen allerdings keinerlei rechtsstaatlichen Grundsätzen, vielfach standen die Urteile schon von vorneherein fest (Otto 1998).

Die Werra-Rundschau meldet am 14. Juli 1954 unter der Überschrift: „Wir grüßen unser deutsches Vaterland – Nach neun Jahren Konzentrationslager und Zuchthaus wieder in der Freiheit“ die „Heimkehr“ von 145 Personen aus „sowjetzonalen Zuchthäusern“. Es wird erwähnt, dass diese ursprünglich auch aus dem „Konzentrationslager Buchenwald“ gestammt hatten. Die Gründe, warum diese Personen verhaftet worden waren, werden nur in einem Fall näher erläutert: Nach sehr gefühlvoll beschriebenen Szenen der „Heimkehrer“ mit Frauen und Mädchen vom Roten Kreuz und singenden Schulkindern, die man umarmt, wird zunächst nur der Hafthintergrund einer einzigen Frau näher beleuchtet: Sie war zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt

5 Die beiden letzten Entlassungsschübe 1954 und 1956 standen im Zusammenhang mit der angespannten innenpolitischen Lage seit 1953 bzw. der kurzfristigen Tauwetterperiode nach dem XX. Parteitag der KPDSU 1956 und wurden auf Druck der Sowjetunion angeordnet.

worden, weil sie in ihrem Gutsbetrieb Fremdarbeiter beschäftigt hatte. Mit Tränen der Rührung in den Augen kommen die „Heimgekehrten“ 129 Männer und 16 Frauen dann selbst noch genauer zu Wort. Sie erinnern sich an das Konzentrationslager Buchenwald, in dem sie „unter Bewachung“ gehalten worden seien, weil man unter ihnen „Kriegsverbrecher“ vermutet habe. Deutlich wird auch gemacht, dass es sich bei den dann anschließenden Prozessen in Waldheim um vollkommen willkürliche Urteile gehandelt habe.

1954, noch bevor Adenauer die Übergabe der letzten deutschen Häftlinge aus sowjetischer Gefangenschaft ausgehandelt hatte, trat die Frage der individuellen NS-Belastung der aus der DDR Entlassenen völlig in den Hintergrund. Wird sie erwähnt, dann im Zusammenhang mit einem Vergehen, Beschäftigung von Fremdarbeitern in einem landwirtschaftlichen Betrieb, das von der Leserschaft kaum als Unrecht eingestuft worden sein dürfte.

Aber es gab auch andere Stimmen: Die Westdeutsche Allgemeine plädierte in ihrer Ausgaben vom 15.07.1954 unter der Überschrift: „Ohne Geschrei“ für eine diskretere Behandlung des Personenkreises, der zwar „von sowjetzonalen Strafkammern“ im Schnellverfahren abgeurteilt worden sei; grundsätzlich gibt der Verfasser aber zu bedenken: „Sie verdienen unser Mitgefühl; aber: Nicht alle verdienen es, gefeiert zu werden.“

Diese Stimmen scheinen aber, nach meinem Eindruck, zumindest in den Medien eher in der Minderheit gewesen zu sein. Die ehemaligen Speziallagerhäftlinge werden vornehmlich als Opfer der sowjetzonalen Unrechtsregimes gedeutet.

Erst mit dem Bau der Mauer im Jahr 1961, so das Ergebnis der Untersuchung Schelihas, ging die Berichterstattung über die Speziallagerhäftlinge drastisch zurück, die Lager seien fast vollständig aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Als zentrale Erklärung macht er dabei deutlich, dass durch den Bau der Berliner Mauer diese nun die Lager als Mahnmal für die Unmenschlichkeit des DDR-Regimes abgelöst hätte. Die Zeitschrift „Der Abend“ titelte zum Beispiel am 14. August 1961: „Ganz Ost-Berlin ist ein KZ“ (Scheliha 2006, 28).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum diese Form der nicht unerheblichen öffentlichen Wahrnehmung zumindest in den 1950er Jahren sich so wenig in den Erinnerungen der Befragten niedergeschlagen hat. Eine Erklärung dafür ist, dass der im Laufe der 1960er Jahre einsetzende Bedeutungsverlust der Speziallager diese Erinnerung überlagert habe, wie Alexander von Plato vermutet (Plato 2000, 10 f.). Aber es drängen sich auch noch andere Erklärungsmuster auf: Mag auch die veröffentlichte Meinung die ehemaligen Speziallagerhäftlinge als Zeugen für kommunistisches Unrecht gewürdigt haben – in der Bevölkerung war die Wahrnehmung doch eine differenziertere. Das persönliche Schicksal der ehemaligen Häftlinge traf schon zu Beginn der 1950er Jahre auf ein Thematisierungstabu, das sich auf die Erlebnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit bezog und durch die unlösbare Verflechtung des Zweiten Weltkriegs mit dem Nationalsozialismus verstärkt wurde (Neumann 1999, Lehmann 1991).

Kriegserfahrungen und Erfahrungen von Flucht und Vertreibung waren davon genauso betroffen wie Entnazifizierung und Internierung in den westlichen Besatzungszonen (Wember 1991, 224 f., Niethammer 1995, 489). Die internierten Speziallagerhäftlinge trafen auf ein Desinteresse, das sich in gleicher Weise auf die Erfahrungen in den westdeutschen wie in den ostdeutschen Internierungslagern bezog. In den

Übergesiedelten sah man vermutlich weniger Opfer des Stalinismus als Opfer der Folgen des Nationalsozialismus, von dem man nichts mehr wissen wollte. Erzählten die Internierten dennoch davon, dass sie bis zu fünf Jahre in einem Lager gesessen hatten, so trafen sie im Westen auf eine Erfahrungsfolie, nach der Internierung von nur leicht belasteten Personen nach einem Jahr beendet war. Das Schweigen über die nationalsozialistische Vergangenheit, über Entnazifizierung und Internierung war in der Bevölkerung durchaus von dem Verdacht begleitet, dass viele wieder unter ihnen lebten, die sich schwerer Vergehen schuldig gemacht hatten. Von diesem Verdacht waren aber auch diejenigen betroffen, die als „Gegner der Besatzungsmacht“ etwa wegen Spionage oder antisowjetischer Äußerungen verurteilt in den Lagern eingewiesen hatten. Nannten sie ihr zum Teil hohes Strafmaß von zwischen 10 und 25 Jahren, so rief auch dies in der westdeutschen Bevölkerung erhebliche Zweifel an der behaupteten Unschuld hervor.

Meine These wäre also hier: Auch wenn in der veröffentlichten Meinung ein Bild des unschuldigen Opfers stalinistischer Willkürherrschaft vorherrschte, unterhalb dieser Ebene, in Kontakt mit Ämtern, Nachbarn und Arbeitskollegen begegneten die ehemaligen Internierten Einstellungen, die ihr Empfinden, unschuldig Opfer einer Willkürherrschaft zu sein, in Zweifel zogen (Eberhardt 1998, 317).⁶

Kehren wir nun zurück zu unserem Ausgangspunkt, der Situation in den siebziger Jahren. Die Entspannungspolitik bzw. die neue Ostpolitik der Bundesregierung mit Grundlagenvertrag und Ostverträgen wird von fast allen Befragten thematisiert und dabei äußerst kritisch wahrgenommen. Ein Beispiel dafür sind die Schilderungen von Joachim Gringmuth, der wegen Westspionage verurteilt worden war und im Lager Sachsenhausen eingewiesen hatte. In Bezug auf seine politische Einstellung gibt Herr Gringmuth an, zunächst Anhänger der Adenauerregierung gewesen zu sein, in den sechziger Jahre sei er dann aber in die nordrhein-westfälische SPD eingetreten, „nachdem er sich integriert“ habe (Ochs 2006, 307). Angesichts der Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr seien ihm aber bald Zweifel gekommen, da er den Eindruck gehabt habe, dass die SPD mit der Anerkennung zweier deutscher Staaten die Wiedervereinigung und die deutschen Ostgebiete „abschreiben“ und das politische System der DDR anerkennen würde. Seine Kritik schildert er anhand einer für ihn entscheidenden Sitzung des Ortsvereins, bei der ein Genosse namens Max die Parole „Lieber rot als tot“ proklamiert habe: „Ich sage: ‚Maxe, dann haben wir nix mehr gemein!‘ – Da hab ich dann den Mist hingeschmissen. Und da bin ich wieder ausgetreten!“ (zitiert nach Ochs 2006, 307). Die Anerkennung eines politischen System, das ihn verfolgt und, wie er überzeugt ist, zu Unrecht inhaftiert hatte, kam für ihn einer Schuldzuweisung gleich.

Dies wird auch an den Erzählungen des ansonsten „treuen“ Sozialdemokraten Willi Köhler deutlich, der 1946 ins Lager Buchenwald verbracht und bei den Waldheimprozessen 1950 verurteilt worden war.⁷ Auch bei ihm wird im Interview aus dem Jahr 1994 erhebliche Kritik an der Ostpolitik Willy Brandts und insbesondere der Anerkennung der DDR als eigenständiger Staat geäußert, die in engem Zusammen-

6 Auch Eberhardt konstatiert in seiner Untersuchung „durchgängig eingeschränkte Äußerungsmöglichkeiten“ für die Speziallagerhäftlinge in der BRD.

7 Interview mit Willi Köhler vom 29.03.1994, Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager; vgl. auch sein hier archiviertes Manuskript: Willi Köhler, Sieben Jahre in der Kralle des Bolschewismus/Kommunismus, 3 Bände, unveröffentl. Manuskript o.O., o.J.

hang mit seinen Lager- und Hafterfahrungen steht. Diese Kritik habe er aber gegenüber seinen sozialdemokratischen Parteifreunden verschwiegen. Der Wunsch, dieses Schweigen zu durchbrechen, war für Willi Köhler Mitte der siebziger Jahre ein wichtiger Grund, seine Lebensgeschichte aufzuschreiben, die er allerdings niemals zu publizieren versuchte. Zu stark waren seine Bedenken, sich mit seiner politischen Einstellung innerhalb „seiner SPD“ ins Abseits zu begeben.

Diese Anerkennungs- und Verständigungspolitik der Bundesregierung wurde von vielen der Befragten fast schon als persönliche Kränkung empfunden und rief offenbar einige Empörung hervor. Für sie war dies gleichbedeutend mit einer Bestätigung der Rechtmäßigkeit ihrer eigenen Verhaftung oder Verurteilung und des von ihnen dadurch erfahrenen Leids.

Das Empfinden, mit seinem Schicksal nicht mehr in die neue politische Landschaft zu passen, wird auch aus den Ende der 1970er Jahren verfassten Lebenserinnerungen von Martin Koch deutlich. In seinem Vorwort zu „Ein deutsches Leben“⁸ stellt der 1946 in der sowjetischen Besatzungszone wegen Sabotage verurteilte Martin Koch zunächst klar, dass er kein „Russenhasser“ und sein Bericht nicht gegen die deutsch-russische Völkerverständigung gerichtet sei. Er hebt zudem seine Übereinstimmung mit der Entschädigungspolitik der Bundesregierung gegenüber den Millionen von KZ-Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hervor. Dieser ausführliche Vorspann macht deutlich, dass in seinem Empfinden offenbar die Notwendigkeit bestand, sich gegen mögliche Vorwürfe, ein Revanchist zu sein, der die Gewalttaten des NS verharmlost oder gar leugnet, abgrenzen zu müssen. Nach dieser Positionierung formuliert er schließlich seine Forderung an die Regierung der UdSSR nach Rehabilitierung der Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft, zu denen er sich selbst zählt. Er fährt fort:

Die heutige Regierung der UdSSR hat die Pflicht, wenigstens die gemeinen Untaten Stalins zuzugeben und eine Wiedergutmachung anzustreben. 100.000 Tote deutscher Nationalität hätten zwar nichts mehr davon. Die Weltgeschichte kann sie aber auf die Dauer nicht einfach auch totsichweigen, wie es leider Bundeskanzler Willy Brandt 1970 bei der Kranzniederlegung an dem Mahnmal von Buchenwald in Thüringen in der D.D.R. zum Gedenken der Opfer des Nazismus tat: Sollte er nicht gewußt haben, daß Tausende und Abertausende Gebeine von Opfern unter dem pompösen Monument liegen, das die D.D.R. zur Erinnerung an die Opfer des Dritten Reiches erbauen ließ, die nicht von den Nazis, sondern Sowjetopfer waren? (...) Dieses Buch soll dazu beitragen, jener Menschen zu gedenken, die unschuldig und ohne jeden Grund nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone ihr Leben lassen mußten und heute aus politischen Gründen „vergessen“ sein müssen!

Die Enttäuschung und Empörung über das Verschweigen und Übergehen der Opfergruppen, denen sie sich selbst zugehörig fühlten, wird bei vielen der ehemaligen Lagerhäftlinge thematisiert. Es werden immer wieder Szenen erwähnt, in denen offiziell-

⁸ Koch, Martin: Ein deutsches Leben (unveröffentlichtes Manuskript; maschinenschriftl.), o.O. o.J [1978]. Kopie des Originals im Archiv „Deutsches Gedächtnis“, Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

le Vertreter der Bundesrepublik bei Kranzniederlegungen in Buchenwald oder Sachsenhausen nicht der Geschichte des Lagers nach 1945 und der Menschen, die in dieser Zeit dort gestorben sind, gedacht hätten. Die Beispiele der Besuche Willy Brandts, Egon Frankes oder Johannes Raus in Buchenwald oder Sachsenhausen stehen in den Erzählungen als Symbole der anhaltenden Missachtung des eigenen Schicksals. Dieses Empfinden blieb bis zur Wende 1989 bestehen. So schreibt der ehemalige Internee Gerhard Nattke als Reaktion auf den Besuch von Johannes Rau in der Gedenkstätte Buchenwald am 8. Mai 1985 an seinen damaligen Landesvater:

... da ich Sie als Mensch sehr schätze, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir einmal erklären könnten, warum ein führender Sozialdemokrat beim Besuch in Buchenwald nicht wenigstens für die eigenen Parteifreunde, die nach 1945 dort ihr Leben lassen mussten, einen Blumenstrauß und ein paar Worte des Gedenkens übrig hatte.⁹

Im Unterschied zu den Ergebnissen aus der Analyse der Pressedarstellungen, die mit dem Mauerbau im August 1961 eine deutliche Zäsur in der öffentlichen Wahrnehmung der Speziallager ausgemacht hat, steht in den Erinnerungen der ehemaligen Häftlinge die zu Beginn der 1970er Jahre deutlich werdende deutsch-deutsche Verständigungspolitik als negativer Wendepunkt ihrer öffentlichen Anerkennung. Zwar stehen die Anlässe, die die Befragten zur Illustration ihres „Vergessen-Werdens“ beschreiben, auch im Zusammenhang mit der Würdigung der NS-Opfer in den nationalen Mahn- und Gedenkstätten von Buchenwald und Sachsenhausen; meiner Meinung nach wird der Unmut aber nicht in erster Linie durch eine Opferkonkurrenz zu dieser Gruppe hervorgerufen, sondern die Kritik wird immer mit der Vermutung verbunden, dass die Vertreter der Bundesregierung die DDR-Führung nicht vor den Kopf stoßen wollten, indem sie auch an die Opfer des Stalinismus erinnerten. Es ist das „Totschweigen“ des eigenen Schicksals im Zeichen der Annäherung an ein in ihren Augen verbrecherisches System, das in den Berichten beklagt wird.

Ziehen wir abschließend eine Bilanz des Verhältnisses von öffentlicher Wahrnehmung und individueller Verarbeitung der Speziallagerthematik. In der bundesrepublikanischen Gesellschaft der fünfziger Jahre waren die Speziallagerhäftlinge insofern willkommen, als man in ihnen Zeugen der kommunistischen Willkürherrschaft sah und sie dafür instrumentalisierte. Ihr reales individuelles Schicksal im Zusammenhang mit der Aufarbeitung oder eher Verdrängung der NS-Vergangenheit rief dagegen eher Misstrauen oder Ablehnung hervor. Als abstrakte politische Symbole erfuhren sie Anerkennung, als reale Menschen mit Ansprüchen auf Haftentschädigung oder Wohnraum dagegen eher Neid. Diese unmittelbaren Reaktionen auf Ämtern im nachbarschaftlichen Umfeld oder am Arbeitsplatz wogen womöglich schwerer als die zum Teil euphorische Begrüßung als „Heimkehrer“ in den Medien. Inwiefern dabei auch positive Erfahrungen durch die Enttäuschungen der späteren Jahre in den Erinnerungen überlagert wurden, ist kaum zu bestimmen.

Deutlich wird aber, dass die Veränderungen im gesellschaftspolitischen Klima während der 1960er und 1970er Jahre sich in den Erinnerungen durchaus niederge-

⁹ Schreiben von Gerhard Nattke an Johannes Rau vom 14. Juni 1985; eine Kopie befindet sich im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie, Bestand Speziallager.

schlagen haben. Sie werden zum einen erkennbar an der Konkurrenz zu den nationalsozialistischen Opfern, wie es auch eingangs im Schreiben von Marianne Bechler thematisiert wurde: „Jetzt geht es hauptsächlich um Judenvernichtung!“ Im Zuge der einsetzenden Phase der NS-Vergangenheitsbewältigung infolge des Eichmann-Prozesses, der Frankfurter Auschwitzprozesse oder der Verjährungsdebatten im Bundestag nehmen die Opfer der NS-Vernichtungspolitik den Raum ein als – wenn auch sehr abstrakt gewürdigte – Symbole zur Kennzeichnung eines Unrechtsregimes (Frei 2005, 37). Für die Speziallagerhäftlinge boten sie sich auch insofern als Konkurrenz an, als ihre Würdigung an den Stätten erfolgt, die in der DDR zu Symbolen der NS-Verfolgung und des kommunistischen Widerstands geworden sind: Buchenwald und Sachsenhausen. Für die Lagerinsassen nach 1945 waren diese aber zu Erinnerungsorten ihres Schicksals geworden.

Seit den Debatten um die Neuorientierung dieser Gedenkstätten nach der Wende im Jahr 1989 trat der Aspekt der Opferkonkurrenz zwischen den beiden Häftlingsgruppen stark in den Vordergrund. In den Erinnerungsberichten der befragten Speziallagerhäftlinge haben aber andere Aspekte einen höheren Stellenwert. Weder der Bedeutungsverlust der Speziallager in der veröffentlichten Meinung nach dem Mauerbau noch die Hinwendung zu den Opfern des Nationalsozialismus werden darin als Einschnitte thematisiert. Es ist die Verständigungs- und Anerkennungspolitik der Bundesregierung gegenüber der DDR, die bei den Speziallagerhäftlingen zunächst die größere Empörung hervorruft.¹⁰ Sie stellte zumindest in den 1970er und 1980er Jahren noch viel stärker ihre Selbstdeutung infrage, unschuldiges Opfer eines willkürlichen und verbrecherischen Systems gewesen zu sein.

Ihre anhaltende Enttäuschung und Verbitterung erklärt sich, so der Befund aus Studien über die psychischen Spätfolgen von Haftverfahren, aus einem grundlegenden Bedürfnis nach Benennung (und Bestrafung) der Täter, das alle Opfer von Gewalttaten empfinden. Fehlt eine eindeutige Zuweisung der Schuldfrage bzw. wird sie infrage gestellt, dann fällt sie auf die Opfer zurück; sie beginnen, sich für das, was ihnen angetan wurde, schuldig zu fühlen (Maercker/Schützwohl 1996, 55).

Warum hat angesichts der beschriebenen Wahrnehmungen dann das Schicksal Marianne Bechlers doch zumindest so weit in die Landschaft gepasst, dass es Anfang der 1980er Jahre sogar als Taschenbuch (bei Ullstein) verlegt wurde? Vielleicht ist die Antwort ganz simpel und liegt in der Faszination eines bewegenden Frauenschicksals: Die Lebensgeschichte einer Frau, die ihrem Mann die Treue gehalten und von ihm verraten wurde; die alles für ihre Kinder zu tun bereit war und sie trotzdem erst nach 47 Jahren wiedersehen konnte. Vielleicht steht das Buch aber auch im Zusammenhang mit dem Wandel in der NS-Vergangenheitsbewältigung zu Beginn der 1980er Jahre (Herbert 1992, 17), als unter anderem begonnen wurde, differenzierter nach Opfer und Täter und den Motiven der Mitläufer zu fragen.

¹⁰ Dagegen argumentiert allerdings Friedhelm Boll, der nicht die offizielle Entspannungspolitik der Bundesregierung für die Enttäuschungen der Speziallagerhäftlinge verantwortlich sieht, sondern mehr das allgemeine gesellschaftliche Klima, das er als „Linksentwicklung“ eines Teils der jungen Generation beschreibt, die stark im Zusammenhang mit der mangelnden Aufarbeitung der NS-Geschichte gestanden habe (Boll 2001, 333 ff., insbes. 425). Meiner Meinung nach sind beide Ebenen kaum voneinander zu trennen; die Erfahrungsberichte sprechen aber dafür, dass die beschriebenen politischen Gesten für die ehemaligen Speziallagerhäftlinge einen hohen symbolischen Wert hatten.

LITERATUR

- Bechler, Marianne (1978): *Warten auf Antwort. Ein deutsches Schicksal*, München.
- Boll, Friedhelm (2001): *Sprechen als Last und Befreiung. Holocaust-Überlebende und politisch Verfolgte zweier Diktaturen*, Bonn.
- Eberhardt, Andreas (1998): *Verschwiegene Jahre. Biographische Erzählungen von Gefangenschaft und dem Leben danach*, Berlin.
- Frei, Norbert (2005): *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*, München.
- Greiner, Bettina (2006): *Der Preis der Anerkennung. Zur Debatte über den Erinnerungsort der Speziallager*, in: Petra Haustein (Hg.): *Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute*, Göttingen, 114-132.
- Herbert, Ulrich (1992): *Zweierlei Bewältigung*, in: Ulrich Herbert und Olaf Groehler: *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten*, Hamburg, 7-27.
- Lehmann, Albrecht (1991): *Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990*, München.
- Maercker, Andreas und Matthias Schützwohl (1996): *Posttraumatische Belastungsstörungen bei ehemaligen politischen Inhaftierten der DDR: Symptomatik, verursachende und aufrechterhaltende Faktoren – die Dresden-Studie*, in: Stefan Priebe, Doris Denis und Michael Bauer (Hg.): *Eingesperrt und nie mehr frei. Psychisches Leiden nach politischer Haft in der DDR*, Darmstadt, 45-56.
- Neumann, Vera (1999): *Nicht der Rede wert. Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik. Lebensgeschichtliche Erinnerungen*, Münster.
- Niethammer, Lutz (1995): *Alliierte Internierungslager in Deutschland nach 1945. Vergleich und offene Fragen*, in: Christoph Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod (Hg.): *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen*, Berlin, 469-492.
- Ochs, Eva (2006): *„Heute kann ich das ja sagen.“ Lagererfahrungen von Insassen sowjetischer Speziallager in der SBZ/DDR*, Köln.
- Otto, Wilfriede (1998): *Die Waldheimer Prozesse*, in: Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato (Hg.): *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950. Band 1 Studien und Berichte*, Berlin, 533-553.
- Plato, Alexander von (2006): *Internierung in Ost und West nach 1945. Elemente des Vergleichs der Opferhierarchien und Opferkonkurrenzen*, in: Petra Haustein (Hg.): *Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute*, Göttingen, 100-113.
- Plato, Alexander von (2000): *Zeitzeugen und die historische Zukunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss*, in: BIOS 13, 5-29.
- Plato, Alexander von (1998): *Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems in Deutschland. Eine Einführung*, in: Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato (Hg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950. Band 1 Studien und Berichte*, Berlin, 19-75.
- Ritscher, Bodo (1993): *Speziallager Nr. 2 Buchenwald. Zur Geschichte des Lagers Buchenwald 1945-1950*, Weimar-Buchenwald.
- Scheliha, Wolfram von (2006): *Die sowjetischen Speziallager – ein Symbol des kommunistischen Unrechts in der publizistischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West bis zum Bau der Berliner Mauer*, in: Petra Haustein (Hg.): *Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung. Die sowjetischen Speziallager in der gesellschaftlichen Wahrnehmung 1945 bis heute*, Göttingen, 10-29.

- Schölzel, Christian (1998): Ungedruckte Quellen in deutschen Archiven und Bibliotheken zum Thema Speziallager, in: Sergej Mironenko, Lutz Niethammer und Alexander von Plato (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945-1950. Band 1 Studien und Berichte, Berlin, 83-96.
- Wember, Heiner (1991): Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen.
- Werkentin, Falco (1998): Zur Dimension politischer Inhaftierung in der DDR 1949-1989, in: Klaus-Dieter Müller und Annegret Stephan (Hg.): Die Vergangenheit läßt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin, 139-152.